

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig  
mit „Voik und Zeit“ 20 Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden,  
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden  
monatlich. Anzeigen: die 5-gep. Zeile 0,50 Gulden, Fe-  
stansatz 1,50 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,50 Gold-  
mark. Abonnements- und Inseratenkurse in Polen  
nach dem Danziger Tageskurs

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,  
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-  
bestellung und Drucklagen 3290

Nr. 48

Donnerstag, den 26. Februar 1925

16. Jahrgang

## Die Stinneskapitalisten höhnen ihre Opfer.

Die Arbeiter sind an der Dortmunder Bergwerkstrophie schuld.

Der Stinnes-Konzern hielt am Mittwoch im Siemens-  
haus in Berlin seine ordentliche Generalversammlung ab, in  
der die Inflationsgewinne der Gelsenkirchener A.-G., der  
Luxemburger A.-G. und des Bochumer Vereins funktionierte  
wurden. Ehe auf das Geschäftliche eingegangen wurde, nahm  
man Gelegenheit, der Opfer auf Seite „Minister Stein“ zu  
gedenken, die ja bekanntlich zum Stinnes-Konzern gehört.  
In der Generalversammlung der Gelsenkirchener Berg-  
werks-A.-G. war es Herr Dr. Arthur Salomonsohn, Rechts-  
anwalt a. D. und Bankier, der Geschäftsinhaber der Dis-  
conto-Gesellschaft und der Norddeutschen Bank, Mitglied  
des Zentralausschusses der Reichsbank, Vorsitzender des  
Ausschusses der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. und an-  
derer Erwerbsgesellschaften, sowie Mitglied von 87 (in Buch-  
staben: siebenunddreißig) Aktiengesellschaften, der das Wort  
zur Erklärung des Unfalls auf Seite „Minister Stein“  
ergriff.

Den Anwesenden, die auch nur ein wenig Ahnung von  
bergmännischen Dingen hatten, blieb vor Stutzen der Atem  
aus, als sie die Rede des Stinnes-Ausschussmitgliedes  
hörten. Ausgerechnet Herr Dr. Arthur Salomonsohn führte  
nämlich aus, daß auf „Minister Stein“ „alle überhaupt er-  
denklichen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen gewesen wären“.  
Dann erklärte er das große Unglück „durch reglementä-  
res Verhalten der Belegschaft“. Selbst eingehendste  
kapitalistische Interessenvertreter waren vor Stutzen  
sprachlos und Herr Brandt, Bergassessor und Leiter der  
Zeche „Minister Stein“ sah sich gezwungen, die falschen und  
unwahren Angaben Salomonsohns richtigzustellen. Er  
widerlegte dessen Ausführungen durch den Hinweis, daß es  
sich um einen „Anackdörfer“ gehandelt habe und „das Unglück  
durch Verschulden der Belegschaft nicht erklärt werden kann“.

Es ist nicht unsere Aufgabe, heute den wahren Ursachen  
des Unfalls, die wir zum Teil in dem wieder in Mode ge-  
kommenen Antreibersystem sehen, nachzuforschen. Wir be-  
ginnen uns nur mit der Wiedergabe des Vorfalles aus  
einer Generalversammlung des Stinnes-Konzerns, die nicht  
für den genannten Konzern, sondern für den ganzen heuti-  
gen deutschen Kapitalismus kennzeichnend ist.

Aus dem weiteren Verlauf der 3 Generalversammlungen  
des Stinnes-Konzerns ist noch mitzuteilen, daß die Ver-  
waltung des Konzerns die Ruhrgruben als durchaus rechtmäßig  
gegeben, aber als unzureichend erklärt, da es dem  
Konzern, der sich wieder frisch im „Aufkaufen“ der deutschen  
Industrie betätigt, an den Geldmitteln fehlt, um der ausländi-  
schen Konkurrenz die Spitze zu bieten. Vielleicht kann das  
der Kumpel im Rheinland und Westfalen als eine Wei-  
nungsbekräftigung der Stinnes-Konzernverwaltung dahin auf-  
fassen, daß es nach ihrer Ansicht notwendig ist, die Arbeits-  
zeit weiter zu verlängern und die Löhne wiederum zu kür-  
zen, um auf dem Auslandsmarkt wieder wettbewerbsfähig  
zu werden.

## Schlagmaßnahmen für die Bergarbeiter.

Vor kurzem rühmte ein Teil der Presse die Wirksamkeit  
des neuen Gesteinsstaubverfahrens, das die Explosion durch  
Gesteinsstaubstrahlen abriegelt und lokalisiert. Aber  
warum wurde dann dieses neue Verfahren gerade auf einer  
so gefährlichen Zeche wie „Minister Stein“ nicht schneller  
durchgeführt? War denn nicht von der Verabredung die  
Einführung dieses Verfahrens bis zu einem bestimmten  
Termin des vorigen Jahres den Zecheverwaltungen zur  
Pflicht gemacht worden? Es ist bezeichnend, daß gerade auf  
der Unfallszeche eine förmliche Jagd nach Kohlen stattfand:  
im Juni 1924 tägliche Förderung 2888 Wagen, im Septem-  
ber 1924, im Januar 1925 Wagen. Dem alten, erfahrenen  
Steiger Knipper wurde die Revierführung entzogen, weil  
er nicht genug Kohlen förderte. Sein Amt bekam ein Neu-  
ling, der Steiger Voßmann, ein Protektionist, nicht ge-  
werkschaftlich organisiert, aber kraus deutsch-national.  
Natürlich ist es gerade das Unfallsrevier, auf dem im De-  
zember 1924 die höchsten Holz- und Förderprämien heraus-  
gewirtschaftet wurden.

Was muß nun geschehen, damit das Leben der Bergleute  
künftig vor Katastrophen besser gesichert wird? Wesentlich  
ist, daß das preussische Staatsministerium verpflichtet wird,  
unverzüglich den generellen Einbau von Gesteinsstaub-  
sperrern in allen durch Schlagwetter- und Kohlenstaub-  
explosionen gefährdeten Grubenteilen im Bergbauwege  
vorauszuweisen und die Unterlassung dieser Vorkehrung unter  
schwere Strafe zu stellen. Die Strafbestimmungen der Berg-  
polizeiverordnungen gegenüber Unterlassungen und fehler-  
haften Vorkehrungen auf dem Gebiete der Wetterführung  
und Wetterkontrolle, der Lampenkontrolle, des Sprengstoff-  
wesens und der Verriegelung müssen soweit verschärft wer-  
den, daß ein wirksamer Grubensicherheitsdienst garantiert  
wird. Ausnahmegenehmigungen durch die Grubenbeamten  
sind zu unterbinden und dringliche Ausnahmegenehmigungen  
der Instandhaltung des Gruben-Sicherheitsdienstes zu über-  
weisen. Von Bedeutung ist ferner, daß Gasmaschinen mit  
ausreichenden Sauerstoffapparaten für die Schlagwetter-  
gefährdeten Grubenteile obligatorisch eingeführt und vorzuzieh-  
lich gehalten werden, damit bei ausbrechenden Explosionen die  
Bergleute nicht durch Rauchschwaden den Erstickungstod er-  
leiden. Dringend notwendig ist ferner die Einschränkung von  
Grubenkontrollen aus den Reihen der praktisch erprobten  
Dauer mit mindestens zehnjähriger Dauerfähigkeit an der  
Zeche, für die sie bestellt werden. Dabei muß das Vor-  
schlagsrecht in die Hand der am Tarif beteiligten Berg-  
arbeiterorganisationen gelegt werden; die falsche Prüfung  
und Bezeichnung von mindestens fünf Jahre hat durch die  
Bergbehörde zu erfolgen, die unter Einwirkung der Kohlen-  
von den Zechebetreibern die Befolgung übernimmt. Für  
jeden Grubenbetrieb mit mindestens 100 Mann Belegschaft  
ist ein Grubenkontrollleur zu beschäftigen. Des weiteren  
Bekämpfung der Zahl der Bergrevierinspektoren (Ein-  
satz) und Verkleinerung der Revierbezirke. Diese Inspek-  
toren sind ausschließlich aus den Reihen der bergmännischen

vorgebildeten Grubenbeamten mit mindestens zehnjähriger  
Tätigkeit zu entnehmen. Die Organisationen der technischen  
Grubenbeamten haben, soweit sie Tarifträger sind, bei Neu-  
besetzungen ein Vorschlagsrecht. Desgleichen Verkleinerung  
der Steigerabteilungen. Bei erhöhter Unfallgefahr müssen  
die Mitglieder der Grubensicherheitskommissionen und die  
Beigeordneten der Oberbergämter auf Anzeige der Be-  
triebsausschüsse hin das Recht der Grubeneinfahrt und Grub-  
benkontrolle haben.

Diese Forderungen wird die sozialdemokratische Fraktion  
des preussischen Landtages am kommenden Dienstag durch  
den Genossen Osteroth eingehend begründen lassen. Sie  
wird alles daran setzen, daß ihre Forderungen durchdringen.  
Was jetzt vorliegt, ist weniger die gesetzgeberische Neugestal-  
tung, die an sich, wie z. B. bei einem Reichsberggesetz, natür-  
lich zu begrüßen sind, sondern ein Druck auf die Exekutive;  
diese liegt aber nicht beim Reich, sondern bei den Ländern,  
vor allem, im Falle „Minister Stein“, bei Preußen.

## Das Befinden Eberts.

Berlin, 25. Februar. (R.F.A.) Abends 7 Uhr. Im  
Befinden des Reichspräsidenten ist keine Veränderung  
eingetreten. Sein Zustand ist nach wie vor befriedigend.

## Stresemanns Geschäfte.

Seine Freundschaft mit dem Betrüger Spritt-Weber.  
Die Mitteilungen des Gen. Heilmann im Preussischen  
Landtag über die zahlreichen Verurteilungen von Politik und  
Geschäft bei den skandalösesten Rechtsparatieren haben  
großes Aufsehen und zahlreiche Ablehnungsversuche zur  
Folge gehabt. Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ ver-  
öffentlicht nunmehr eine Reihe von Tatsachen, die den wahren  
Wert der Dementis aufzeigen.

## Weber und die Deutsche Volkspartei.

Herr Hermann Weber, der Spritt-Weber, ist bekanntlich  
wegen Millionendiebstahlungen zum Schaden der Steuer-  
kasse des Reiches und Bestechung zahlreicher Steuerbeamten  
verhaftet worden. In seiner Anklage vor dem Unter-  
suchungsausschuß des Preussischen Landtags hat nun der  
Abgeordnete Heilmann u. a. erwähnt, daß dieser Spritt-  
Weber durch Herrn Dr. Stresemann in den Reichstag der  
Deutschen Volkspartei eingeführt worden sei, und daß er  
Zahlungen an die Deutsche Volkspartei und ihr Organ „Die  
Zeit“ geleistet habe. Diese Angabe ist von Herrn Dr. Strese-  
mann zunächst bestritten worden. In seinem Auftrage hat  
der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Winterneil gegenüber  
dem Untersuchungsausschuß wörtlich folgende Erklärung  
abgegeben:

„Darf ich feststellen, daß von einer Persönlichkeit, die  
nicht zu den führenden eifrigen Mitgliedern der Partei gehört,  
durch Frau v. Oheimb, eine Einführung des Herrn Weber  
stattgefunden hat und daß höchstens die Möglichkeit vor-  
liegt, was aber nicht feststeht, daß am irgendeiner Einla-  
dung in diesem Hause der Reichsminister einmal mit  
Herrn Weber zusammengekommen ist.“

Durch Veröffentlichung der Frau v. Oheimb und des  
„Berliner Tageblatts“ wurde dann festgestellt, daß diese  
Anzeige unwahr ist. Der Fall Stresemann liegt also genau  
gleich dem Fall Bauer: nicht wahre Bekundung vor dem  
Untersuchungsausschuß. Nur daß, anders wie die Sozial-  
demokratie, die Volkspartei eine Ekelantenne gegenüber  
derartigen wissenschaftlich unwahren Erklärungen hat und für  
Herrn Dr. Stresemann bisher keinerlei Folgen daraus er-  
wachsen sind. In Wahrheit hat Dr. Stresemann als Parte-  
den Spritt-Weber in den Reichstag zusammen mit Frau  
v. Oheimb eingeführt. In Wahrheit war der Spritt-Weber  
damals bereits zweimal wegen Hinterziehung der Brannt-  
weinsteuer verurteilt. In Wahrheit hat sich, wie durch Zeu-  
gen jederzeit nachweisbar, der Spritt-Weber vielfach ge-  
rühmt, daß Dr. Stresemann sich bereit erklärt habe, in seinen  
Ausschussrat, den Ausschussrat der Deutschen Sprittweiner-  
werke, einzutreten.

## Aufstand in Kurdistan.

Die anatolische Telegraphenagentur meldet: Ein gewisser  
Scheich Said hat durch Mißbrauch des Vertrauens des un-  
wissenden Volkes und unter dem Vorwande religiöser  
Gründe einen Aufstand in Kurdistan entfacht. Die türkische  
Regierung hat zur Wiederherstellung der Ordnung scharfe  
Maßnahmen ergriffen und den Belagerungszustand in den  
fraglichen Gebieten verhängt. In einer Versammlung der  
Volkspartei am 24. Februar hat die Partei die Maßnahmen  
der Regierung vollkommen gutgeheißen.

Dieser Aufstand hat insofern eine über den rein türkischen  
Interessenzirkel hinausgehende Bedeutung, als mit der von  
den Anhängern geplanten Erschließung eines für die  
Königreiche Persien und Persien nicht zu umgehen sind.  
D: Kurden sind ein großer Nomadenstamm, dessen weite  
Gebiete bis in den nordwestlichen Teil Persiens hinein-  
reichen. Dieser Umstand hat in früheren Jahrzehnten schon  
ausserordentlich langjährige Grenzschwierigkeiten  
zwischen Persien und der Türkei bereitet. Ein kurdisches  
Königreich ohne Besitzansprüche auf persisches Gebiet ist  
kaum denkbar.

## Der Verteidigerkonflikt im Tschekaprozess.

Im Leipziger Tscheka-Prozess begann die gestrige Sitzung  
mit der Mitteilung des Vorsitzenden, daß, nachdem die  
kommunistischen Verteidiger ohne Genehmigung des Ge-  
richts den Saal verlassen haben, nach dem Geheiß offiziell  
verteidiger zu bestellen seien. Es seien ernannt worden: Die  
Rechtsanwälte Dr. Dreßler und Dr. Nischke, Dr. Fiedler  
und Dr. Blum. Hierauf fährt der Vorsitzende in der Ver-  
lesung des Geständnisses des Angeklagten fort. Dieser er-  
klärt jedoch, jede Aussage dazu zu verweigern.

Im Reichsjustizministerium hat anlässlich der bekannten  
Vorfälle im Tschekaprozess, die zur Entfernung eines Ver-  
teidigers aus der Sitzung des Staatsgerichtshofes zum  
Schutze der Republik geführt haben, eine Abordnung der  
Verteidiger, sowie eine Abordnung der strafrechtlichen Ver-  
einigung der Berliner Rechtsanwälte heute vorgeprochen.  
Der Reichsjustizminister hat die Darlegungen der erwie-  
nen Herren entgegengenommen und in seiner Ermide-  
rung zum Ausdruck gebracht, daß es sich bei den Maßnahmen  
des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes zum Schutze der  
Republik, um Akte der Rechtspflege handele, die nach der  
Verfassung irgendwelcher Einwirkung seitens der Justiz-  
verwaltung entzogen seien.

## Zum Tode Brantings.



## Brantings Wirken im Völkerbund.

Die Nachricht vom Tode Brantings hat beim Völ-  
kerbund tiefe, aufrichtige Trauer ausgelöst. Der Sekretär  
des Völkerbundes, Sir Drummond, der sich gegenwärtig in  
Neapel befindet, wird als offizieller Vertreter des Völker-  
bundes an dem Begräbnis Brantings teilnehmen.

Die Genfer Presse widmet Branting ausführliche Nach-  
rufe, wobei sie betont, welche große persönliche Sympathie  
er in Genf besaß. Die „Tribune de Geneve“ schreibt:  
„Branting war der Vorkämpfer für die Einheitsidee des  
Völkerbundes. Er trat ein für die Demokratisierung des  
Völkerbundes und für die Ausdehnung der Vollmachten  
der Völkerbundsversammlung. Im Völkerbundsrate ver-  
trat er die neutrale Tendenz. Wiederholt war er der  
Vorkämpfer und Verteidiger der kleinen Länder, in der  
Korfu-Affäre nahm er allein eine energische Haltung ein.  
Seine Mäßigkeit und sein überragender Verstand wurden  
im Völkerbundsrate sehr geschätzt, wo er immer ein aus-  
gezeichnetes Vermittlungselement war, besonders auch in  
der Abrüstungsfrage. Daneben war er vor allem der Ver-  
mittler für die Minoritäten und kürzlich noch Bericht-  
erhalter über den Moskau-Konflikt.“

## Republikanische Rundgebung der französischen Kammer.

In Beginn der gestrigen Nachmittagsitzung der Kammer  
wies Kammerpräsident Painlevé in einer Ansprache darauf  
hin, daß am 25. Februar 1875 die Nationalversammlung die  
Grundzüge der republikanischen Verfassung angenommen  
habe. Unter dem Schutze der Gesetzgebung von 1875 habe die  
Republik alle Ansätze des Rückfalls und der Unordnung  
ausgestrichelt. Auch in Zukunft werde sie sich den großen  
Problemen anpassen, wie sie die modernen Nationen stellen.  
Aber nur durch Ordnung und auf gesetzlichem Wege werde  
die französische Demokratie der Welt das Beispiel eines  
großen freien Volkes geben, das zu gleicher Zeit seinen  
Ideen wie seinen Traditionen treu bleiben werde. Minister-  
präsident Herriot erklärte, daß er sich namens der Regierung  
den Worten des Kammerpräsidenten anschließen. Die Regie-  
rung werde, soweit es von ihr abhängt, alles tun, was das  
Volk in sich trage. Die Kammermitglieder hörten  
die Ansprache lebhaft an. Hierauf ging die Kammer zur  
weiteren Erörterung des Einnahmehaushalts für 1925 über.

Der Parteivorstand der S.P.D. hat an die Sozialdemo-  
kratische Arbeiterpartei Schwedens nachstehendes Telegramm  
geschickt: Mit dem kommunistischen Proletariat, mit der sozial-  
istischen Internationale tranert auch die deutsche Sozial-  
demokratie in diesem Schwere an der Spitze unseres großen  
Vorkämpfers Branting.

Der deutsche Gesandte in Stockholm, Rosenberg, hat das  
Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung  
ausgesprochen.

Aus den Kreisen des Völkerbundes in Genf, in denen  
Branting hohes Ansehen genoss, sind zahlreiche Beileids-  
kundgebungen ergangen, ebenso vom Internationalen  
Arbeitsamt.

# Schiffe in Prag.

(Von unserem Prager Mitarbeiter.)

Drei Feuerdemonstranten von der Prager Polizei erschossen! Unvergängliche Ehre den toten Kämpfern von Prag!

Mit festen Lettern hatte es die kommunistische Provinz-  
presse in der Tschechoslowakei verkündet, daß Prag am Abend  
des 10. Februar der Schaulust erbarungslosen Gemein-  
schaft blutigerer Polizeikräfte unter hungernden Arbeitern geweiht  
sei. Aber auch in anderen als in kommunistischen Kreisen  
gingen wilde Gerüchte über die entsetzlichen Ereignisse in  
Prag um. Drei Tote — das war die kleinste Zahl, die ge-  
nannt wurde.

Zum Glück waren die Geschehnisse in Prag nicht an-  
nähernd so schlimm, als sie die sofort aufplatternden und vom  
phantasiebegabten tschechischen Volk weiterverbreiteten Ge-  
rüchte gemacht hatten. Es war wohl zu Zusammenstößen  
zwischen Polizei und Demonstranten gekommen, es waren  
auch Schiffe gefallen, aber es wurde niemand getötet. Frei-  
lich, schlimm genug ist es, daß einige Arbeiter Verwundun-  
gen erlitten.

Die Demonstration hatte im Anschluß an eine von den  
Kommunisten veranstaltete Versammlung „wegen der Feuer-  
nung“ stattgefunden. Die Kommunisten hatten die Demon-  
stranten über den Wenzelsplatz geführt, obwohl sie wußten,  
daß sich ihnen dort die Polizei entgegenstellen würde — und  
die Polizei hatte die Demonstranten erwartet, obwohl sie  
wußte, daß das von der Menge als „Provokation“ aufge-  
faßt werden würde. So tragen sie beide, Kommunisten und  
Polizei, gleichermaßen die Schuld an dem unglücklichen Er-  
eignis und beide haben ihre Zwecke erreicht: die Kommu-  
nisten sind wieder einmal Märtyrer geworden, haben neuen  
Agitationsstoff gewonnen, — und die Polizei hat bewiesen,  
daß sie keineswegs schläff geworden ist, seitdem sie nicht  
mehr kaiserlich-österreichisch, sondern tschechisch-republika-  
nisch ist.

Es war nicht schwer, die Prager Arbeiter zu einer Kund-  
gebung gegen die Feuerung auf die Weine zu bringen. In  
allen Industriegebieten der Tschechoslowakei fanden in den  
letzten Wochen solche Versammlungen statt, kommunistische  
und sozialdemokratische. Die arbeitende Bevölkerung leidet  
schwer, sehr schwer unter der unheimlich rasch anwachsenden  
Feuerung. Sie leidet um so mehr, als die Löhne der Ar-  
beiter, die in der Krisenzeit um ungefähr 30 Prozent gekürzt  
wurden, noch immer nicht oder nur unwesentlich erhöht wer-  
den konnten, obwohl der Geschäftsgang in fast allen Indu-  
striezweigen sehr gut ist. Aber die nicht nur durch den So-  
zialismus, sondern auch durch den nationalen Streit zer-  
rissene Arbeiterklasse, die durch diesen Streit zu sehr großen  
Teilen wieder indifferent gewordenen Arbeiter bringen nicht  
die Kraft auf, den Unternehmern auch nur einen kleinen  
Teil ihrer Konjunkturgewinne abzurufen.

Denn was wollen nun die Kommunisten diesem vor-  
berfließenden Glanz jütterendem Proletariat helfen?  
Recht! Sie können es nicht, denn sie wissen genau so wenig  
wie irgend eine andere Partei das Wundermittel, für die  
Tschechoslowakei die Weltfeuerung auszuheilen zu machen.  
Aber, und das ist nicht nur die alte politische Parteien  
des Proletariats, sondern auch die Gewerkschaften so ge-  
schwächt sind, daß es den Arbeitern unmöglich ist, ihre Löhne  
der steigenden Feuerung anzugleichen, — daran sind vor  
allem die Kommunisten mit ihren Parteilichungen und Ge-  
werkschaftsüberzeugungen schuld. Aber sie wollen auch gar  
nicht helfen! Warten sie's, sie würden es nicht tun. Nichts  
ist ihnen so erwünscht wie die Feuerungsdecke, die die  
Masse erregt und der kommunistischen Agitation für Kund-  
gebungen, Freie. Dem kommunistischen Schlagwort sind in  
solcher Stimmung gewisse Teile des Proletariats zugänglich.  
Und darum ist auch der „Gewinn“, den die Kommunisten aus  
solcher Ausnutzung der Stimmung ziehen, nur ein vor-  
übergehender. Aber das genügt. Sie wollen nicht Wen-  
iger für eine Idee gewinnen, noch den Menschen helfen, —  
ihnen sind die Mittel zum Zweck, ihre beiden  
Agitationsstoffe. — Als während der Revolutionszeit Polizei  
und Arbeiter die kommunistischen Abgeordneten auf den  
und Lauf der Polizei erwidert wurden, beruhigend auf  
die Demonstranten einzuwirken, lebten sie dies ab mit der  
Begründung, sie hätten diese Kundgebung nicht veranstaltet.  
Sie wollten die Fortdauer der Zusammenkünfte!

Logisch daraus folgt, daß sie mit Pfeifchen und Fackel-  
märschen, als die Parlamentsdebatten eröffnete wurde, und die  
hinterher den Sitzreiter des Ministerpräsidenten, den  
Minister Stöckel, am Spritzen, als er die Sitzungsarbeiten  
der Regierung zur Feuerung zurückzuführen wollte. Nur, die  
Zurückführung wurde von einigen Sitzungen ausgeschlossen,  
und als sie ihre Flügel nicht verließen, von der Parlaments-  
polizei aus dem Saale geschleift. Nun sind sie wieder Mär-  
tyrer und der allwissende Polizeichef, der auch den

tschechoslowakischen Parlamentarismus beherrscht, hat ihnen  
zu billigerem Märtyrertum verholfen . . .

Zur Bekämpfung der Feuerung hat weder der Kommu-  
nistenfamul, noch die Regierungserklärung, noch die ihr  
folgende Debatte beigetragen. Die Regierung will den  
Feuer verfolgen. Nun, dann werden ein paar kleine Ge-  
schosseverleger in den Kerker fliegen, die großen aber werden  
weiter wuchern. Es ist auch gar nicht viel gegen die Feuer-  
nung zu tun. Die Weltmarktpreise kann man in der Tschecho-  
slowakei nicht beeinflussen, — und jene Regierungsmaßnah-  
men, durch welche die Feuerung für die Tschechoslowakei  
verschärft wurde: die Festsetzung eines hohen Zuckerpriests,  
— ist nicht mehr rückgängig zu machen. Dadurch, daß die  
Regierung (wie alljährlich, lange vor der Campagne) den  
Zuckerpriest sehr hoch festsetzte, veranlaßte sie viele Bauern,  
Zuckerrüben zu bauen anstatt Getreide, so daß nun heuer,  
in der Zeit der geringeren Weltgetreideernte, die Tschecho-  
slowakei mehr Getreide einführen muß als je vorher.

Nur eine Möglichkeit gäbe es, die schlimmsten Wirkun-  
gen der Feuerung anzuhängen: die Arbeiter müßten sich Er-  
höhungen ihrer Löhne erkämpfen. Aber dazu fehlt nicht nur  
Geschlossenheit und Kraft der Organisation (viele Beinh-  
atende sind in der Zeit der inneren Parteilichungen indiffe-  
rent geworden), sondern auch Mut, Zuversicht und Selbst-  
vertrauen einem Proletariat, das so zerissen ist in Nationen  
und Parteien wie die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei.  
Solche Tugenden sind nur in seiner Klasse, in der alten  
marginischen Garde und — in der deutschen sozialistischen  
Jugend, sind sie lebendig — gerade darin aber liegen doch  
auch die Schwierigkeiten kommenden Wiederaufbaus.

# Ave Caesar, morituri te salutant!



Von der Grube bis zum Grabe ist nur ein Schritt.

# Verkleinerung des Lübecker Senats.

In der vorgestrigen, sehr stürmischen Sitzung der  
Lübecker Bürgerschaft wurde der Senatsantrag auf  
Verkleinerung des Senats von zehn Hauptamt-  
lichen und vier nebenamtlichen Mitgliedern auf sieben  
Hauptamtliche und fünf nebenamtliche Mitglieder mit der  
zur Verfassungsänderung notwendigen Zweidrittelmehrheit  
in erster Lesung angenommen. Infolge des provozierenden  
Verhaltens eines kommunistischen Abgeordneten, der sich in  
seinen beleidigenden Auslassungen auch nicht durch mehrfache  
Ordnungsrufe hören ließ, wäre es fast zu einem tätlichen  
Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Sozialdemokra-  
ten gekommen, die beide gegen das Rednerpult drängten  
und eine Unterbrechung der Sitzung erzwingen. — In Dan-  
zig bleibt der Wasserloos von 21 Senatoren bestehen, nachdem  
die Deutschnationalen eine Verfassungsänderung ablehnten.

# Millerand als Wahlkandidat.

Der frühere französische Ministerpräsident Millerand hat  
jetzt seine Kandidatur für die Mitte April im Seine-Depar-  
tement stattfindende Ersatzwahl zum Senat zur Wahl gestellt.  
Seine Wahl gilt jedoch nicht weniger als gesichert. Die  
Wahl des bisherigen Inhabers des Mandats, des in der  
vergangenen Woche verstorbenen Senators Magny, war im  
Jahre 1920 mit 550 Stimmen erfolgt. Damals aber stand  
Frankreich unter der Ägide des Nationalen Blochs. Die  
radikalen und radikalsozialen Mitglieder der Gemeinde-  
und Kantonalräte hatten damals für den Kandidaten des  
Nationalen Blochs gestimmt. Das ist jetzt nicht wieder zu  
befürchten. Dazu kommt, daß die Unpopularität Millerands  
selbst im eigenen Lager sehr groß ist. Einzelne reaktionäre  
Gruppen denken z. B. daran, ihm eigene Gegenkandidaten  
entgegenzustellen.

Für die Linke ist die Lage insofern ungünstig, als die  
Spaltung im Lager der Arbeiterchaft in der Pariser Mann-  
nulle besonders tief gediehen ist, so daß eine Einigung auf  
einen gemeinsamen Kandidaten der Linken als ausgeschlossen  
gelten muß.

Dagegen ist man sowohl in den Kreisen der Sozialisten,  
wie in denen der Radikalsozialen entschlossen, die Wahl Mil-  
lerands unter allen Umständen dadurch zu verhindern, daß  
in der Stichwahl der ausfallsreichste Gegenkandidat — ob  
das nun ein kommunistischer oder der reaktionäre Mitbe-  
weiber Millerands sein wird — die sozialistischen und radikal-  
sozialistischen Stimmen erhalten soll.

Berlin neuer Polizeipräsident. Landrat Dr. Friedens-  
burg in Rosenburg, Ostpreußen, ist kommissarisch mit der  
Leitung des Berliner Polizeipräsidenten beauftragt worden.  
Der bisherige stellvertretende Polizeipräsident soll einen  
anderen wichtigen Polizeipräsidentenposten erhalten. Dr.  
Friedensburg gehört der Demokratischen Partei an.

Eine überreichte Verhaftung. Dr. Karl Schneider, der  
Generalsekretär der Friedensgesellschaft Hagen wurde auf  
telegraphische Anordnung des Oberreichsanwalts in Leipzig  
gehört aus der Haft entlassen. Dr. Schneider war angeblich  
wegen Landesverrats verhaftet worden.

Der Usung der Kriegsurteile. Das französische Kriegs-  
gericht in Amiens hat gestern in Abwesenheit gegen neun  
deutsche Offiziere verhandelt, die der Plünderung und Ver-  
wüftung verschiedener Landhöfe im Aisnegebiet beschuldigt  
werden. Es wurden verurteilt die Generale Klaus, Staabs,  
Hauptmann Hilka, sowie die Leutnants Grandob und Fürtz  
zu je 10 Jahren Zuchthaus, die Hauptleute Berthorn, Fichte,  
Stephan sowie Leutnant Richter zu 20 Jahren Zwangs-  
arbeit. Gegen alle Verurteilten ist ein Aufenthaltsverbot  
von 20 Jahren verfügt.

Kommunistische Waffendiebstähle. Der süddeutsche Senat  
des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik beschä-  
tigte sich heute mit dem im Oktober 1923 in Freudenstadt und  
Umgebung verübten Diebstahl von Waffen und Munition,  
die bei kommunistischen Partisanen verwendet werden sollten.  
Die fünf Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von ein  
bis zwei Jahren und Geldstrafen, welche letztere auf die Un-  
terjuchungshaft angerechnet wurden.

Wahlrechtsverkleinerung in Ungarn. Die Regierung  
veröffentlicht ihren Wahlrechtsentwurf, demzufolge das  
aktive Wahlrecht jedem 24jährigen Manne zusteht, der seit  
10 Jahren ungarischer Staatsbürger, seit zwei Jahren in  
derselben Gemeinde wohnt und vier Volksschuljahre  
erfolgreich absolviert hat. Bei Frauen ist das aktive Wahl-  
recht ab dem 30. Lebensjahr und die Absolvierung von sechs  
Volksschuljahren gebunden. Absolventen von Hochschulen  
besitzen das Wahlrecht ohne Ansehen des Alters und des  
Geschlechts. Wählbar sind alle, die das aktive Wahlrecht be-  
sitzen und das 21. Lebensjahr erreicht haben. Die Einteilung  
der Wahlbezirke wird durch ein besonderes Gesetz erfolgen.  
Die Abstimmung ist im ganzen Lande obligatorisch.

# Volltheater.

Das Berlin wird uns gemächlich: Die letzten Wochen  
der Berliner Theaterkritik haben vornehmlich im  
Reich des Volltheaters. Das „Volltheater“,  
das sich im Laufe dieser Epoche immer mehr zu einem  
Volltheater im besten Sinne dieses Begriffs entwickelt  
hat, hat mit der Aufführung der dramatischen Werke  
„Pelleas und Melisande“ von Maeterlinck  
eine künstlerische Erhebung von solcher Größe erreicht.  
Die Darstellung dieser von reichen künstlerischen und huma-  
nistischen Grundgedanken durchdrungenen Stoffe hat  
eine neue, unübertroffene Wirkung hervorgebracht und  
den künstlerischen Wert der gesamten Aufführung  
auf den Höhepunkt der bisherigen Theaterkunst gehoben.  
Die Regie dieser Aufführung ist ein Meisterwerk,  
das die Kunst der Regie in der dramatischen Aufführung  
auf den Höhepunkt der bisherigen Theaterkunst gehoben  
hat. Die Regie dieser Aufführung ist ein Meisterwerk,  
das die Kunst der Regie in der dramatischen Aufführung  
auf den Höhepunkt der bisherigen Theaterkunst gehoben  
hat.

Die Volltheater ist nicht nur ein Kunstwerk,  
sondern ein Werk, das die Kunst der Regie in der  
dramatischen Aufführung auf den Höhepunkt der  
bisherigen Theaterkunst gehoben hat. Die Regie  
dieser Aufführung ist ein Meisterwerk, das die  
Kunst der Regie in der dramatischen Aufführung  
auf den Höhepunkt der bisherigen Theaterkunst  
gehoben hat.

Ein neues Schauspiel bei München. Ein vorzüg-  
liches Schauspiel und Schauspielwerk ist in München  
von der Stadt München aufgeführt worden. Hier  
finden sich die von  
einigen Jungmännern verfassten Stücke, die die  
Kunst der Schauspielerei in München auf den  
Höhepunkt der bisherigen Theaterkunst gehoben  
hat.

Entscheidungen der Großstadt Sammel. Schließlich an der  
Küste der Ostsee angekommen und, als er ver-  
stärkt werden soll, die erste Jagd von morgen bis mitter-  
nacht durch eine Kesselflut endet, ist zweifellos ein  
Sieg, der eines G. H. A. Hoffmann würdig gewesen wäre.  
Aber der Erfolg ist trotz einzelner ungenügender  
Momente durch keinen unüberwindlichen Widerstand von  
empfindlichen Originalitätstheorien und Stereotypen  
an den größten Teil seiner Wirkung. Da zudem auch die  
Wahrnehmung, mit Ausnahme des erhabenen Haupt-  
stückes Alexander Gromow dem geistigen Stil dieses Autors  
freudig gegenüberstanden, konnten die Zuschauer bei dieser  
Aufführung nicht mehr werden.

Volltheater im besten, unübertroffenen Sinne ist auch die  
frühere Darstellung der „Hörsperle“ von Gerhart  
Hauptmann. Man sieht das Werk jetzt in dem  
künstlerischen Theater „Die Tribüne“ mit einem  
einen im höchsten Grade, erfüllt aber eben dadurch einen  
um so höherwertigen künstlerischen Erfolg. Es ist erstaunlich,  
wieviel Ähnlichkeit und Nähe diese treffende logische  
Sätze auch heute noch hat.

Entscheidend ist auch der beherrschende Charakter eines  
einen künstlerischen zu verstehen, das zwar kein ein-  
ziges Volltheater geworden ist, aber doch mehr geworden  
hat. Die „Hörsperle“ ist im Kontrast zum  
unübertroffenen und hat die Kunst der Operette, wie man sie  
heute versteht, ersetzen müssen. Wenn auch der unübertroffene  
einen beherrschenden Charakter hat, so ist doch ein  
einziges Volltheater, erfüllt aber eben dadurch einen  
um so höherwertigen künstlerischen Erfolg. Es ist erstaunlich,  
wieviel Ähnlichkeit und Nähe diese treffende logische  
Sätze auch heute noch hat.

Ein neues Schauspiel bei München. Ein vorzüg-  
liches Schauspiel und Schauspielwerk ist in München  
von der Stadt München aufgeführt worden. Hier  
finden sich die von  
einigen Jungmännern verfassten Stücke, die die  
Kunst der Schauspielerei in München auf den  
Höhepunkt der bisherigen Theaterkunst gehoben  
hat.

der Obhut des Vereins anvertraut, da er eine an vielen  
Arten reiche eigene Tier- und Pflanzenwelt hat. Auch ein  
weiteres Zoologischen Institut für Freibauer wird angelegt,  
um eine Musterstation für Zoologischen in der Provinz West-  
falen zu schaffen.

Antar und Madia. Der Dichter Hugo v. Hoffmannsthal  
hatte die Fankunde A.-G. in Berlin um eine Entente-  
zahlung von 2000 Mark verlagert, da seiner Ansicht nach eine  
unerbittliche Sendung des Dramas „Antar und Madia“ vor-  
genommen worden war. Hiergegen hatte die Fankunde  
Widerstand erhoben, um auf diese Weise zu einer grundsätz-  
lichen Forderung zu gelangen, ob der jeweiligen Autoren  
eine Entente zuerkannt werden müßte. Nach langwierigen  
Verhandlungen, die zu harten Widersprüchen in der Auf-  
fassung der Parteien führten, hat das Gericht den Publi-  
kationstermin für das Urteil auf den 10. März festgesetzt.

Der Fund eines ganz neuen Mammut-Skeletts. Die aus  
Moskau gemeldet wird, ist ein vollständiges Skelett eines  
Mammuts im besten Erhaltungszustand an den Ufern des  
Angara-Flusses in Sibirien gefunden worden. Die Moskauer  
Akademie der Wissenschaften hat eine eigene Expe-  
dition an die Fundstelle geschickt, damit das kostbare Fossil  
sicherlich geborgen wird. Während einzelne Knochen des  
Mammuts, des vorgeschichtlichen Riesenelefanten, überall in  
Europa gefunden worden sind, ist doch die Hauptfundstätte  
dieser Fossilien Sibirien, von wo sogar ein Ausfuhrhandel  
mit Mammutknochen nach China und Westeuropa betrie-  
ben wurde. Hier allein sind auch vollständige, vorzüglich er-  
haltene Skelette gefunden worden. Der letzte derartige  
Fund war der von 1901 an den Ufern des Kolyma-Flusses  
in der Nähe von Jakutsk. Der Angara-Fluss geht bei  
Jekaterinburg der Gegend des südlichen Sibirien, in der Nähe  
der Verdrengung von China in den Baikalsee.

Schiffahrt nach China. Eine rührende Geschichte, die sich in  
einem Vortrag Moskaus abspielt haben soll, wird von dem  
russischen Berichterstatter G. J. Reichenow in einem Son-  
derdruck erzählt. Er war bei einer Dame eingeladen,  
bei der Kinder rührende Geschichten ausführten. Darunter  
befand sich auch ein kleiner, blondhaariger Junge. Dann  
wurde als Gesprächsgegenstand des Kindes eine neue Platte auf  
dem Gramophon gespielt, die eben aus Amerika gekommen  
war. Die eine Melodie gab einen Vortrag des armen  
Komponisten Schostakowitsch wieder, der den Namen des Volga-  
Königs, ein russisches Volkslied, vortrug. Da sprach der  
kleine Junge im Tränen aus: „Es war kein Volkslied,  
und der Name war Schostakowitsch, Kaiser Eren, der erst nach  
der Waise des Vaters geboren war und nun — die Stimme  
meines Vaters zum erstenmal hörte.“

# Die überspannte Steuerschraube.

## Keine Erleichterung der Steuerlast für die arbeitende Bevölkerung. Schutz der großen Einkommen. Allseitiger Protest gegen die Steuereintreibungsmaßnahmen.

Bei Eröffnung der gestrigen Volkstagsitzung gab Präsident Dr. Frey die Antwort des Reichstagspräsidenten Gen. Löbe auf das Beileidstelegramm des Danziger Volkstags anlässlich der Grubenkatastrophe. Bei der Mitteilung, daß der Senat den von ihm vorgelegten Gesetzentwurf über

### Neuregelung der Staatsanwaltschaft

wieder zurückgezogen habe. Abg. Gen. Rahn brachte sein Ersuchen über diese Maßnahme des Senats zum Ausdruck. Das Zurückziehen eines Gesetzentwurfs durch die Regierung verstoße gegen den parlamentarischen Brauch und sei nicht verträglich mit dem Wesen des Parlamentarismus. Das Parlament werde zu einer Anhörungsbinstanz degradiert, wenn die Regierung Gesetzentwürfe, die auf Widerstand stoßen, einfach zurückziehe.

Es wurde alsdann in die Beratung der Tagesordnung eingetreten und der Gesetzentwurf über Vornahme regelmäßiger Erhebungen im Bereiche der Landwirtschaft endgültig angenommen. Ueber die

### Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

war sodann in 3. Lesung zu entscheiden. Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme der vom Senat geforderten Verschlechterung mit 51 gegen 47 Stimmen. Die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte namentliche Schlussabstimmung ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da die Linke die Abgabe der Stimmlinien verweigerte. Die Sitzung wurde daraufhin auf einige Minuten vertagt.

### Bestimmte Klagen über die Steuereintreibung

wurden laut, als die Gesetzentwürfe über die endgültige Veranlagung zur Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer zur Verhandlung kamen. Selbst der Deutschnationale wandte sich mit scharfen Worten gegen die Praxis der Steuereintreibung, die an das Vorgehen der Volkswirtschaft in Russland erinnere. Als ihn Zurufe darauf aufmerksam machten, daß die Deutschnationalen doch die härteste Macht im Senat darstellen und die Dinge ändern könnten, erklärte er, daß seine Fraktion darauf keinen Einfluß habe.

### Abg. Gen. Josten

führte aus, daß dieses Verhältnis zwischen Senat und den Regierungsparteien tief bliden lasse. Die Deutschnationalen seien nicht berechtigt, im Volkstag Klagelieder anzuklingen, da sie als Hauptstütze des Senats verantwortlich sind für seine Maßnahmen. Auf das Einkommensteuergesetz eingehend stellt Redner fest, daß für die Lohn- und Gehaltsempfänger die Steuerlast so gut wie gar nicht gemildert worden ist. Lediglich der Abzug für Kinder ist um 1 Gulden pro Monat erhöht worden. Sonst ist die 10prozentige Steuer bestehen geblieben trotz der trostlosen Lage der Arbeiterklasse. Während bei diesen Kreisen der Vermögenserwerb jeder Pfennig Einkommen von der Einkommensteuer erfasst werden kann, wird das Einkommen der Selbständigen nicht so reißlos verknüpft. Aber hier sollen erhebliche Erleichterungen geschaffen werden. Die Steuerfreiheit ist erhöht worden. Einkommen von 10 000 Gulden sollen nur noch mit 10 Prozent versteuert werden, während früher 5000 Gulden mit einer Abgabe von 15 Prozent belegt wurden. Die Herabsetzung des Steuerfußes von 50 auf 30 Prozent bei den größten Einkommen zeigen am deutlichsten das Bestreben des Senats, die leistungsfähigen Kreise zu schonen.

Gegen die im Gesetzentwurf vorgesehene Mindeststeuer in ansehnlicher Höhe bestehende Bedenken. Ein großer Teil der Betriebe habe mit Verlust gearbeitet und deshalb erwartet, daß die Steuererstattungen zurückgezahlt oder auf das Jahr 1925 angerechnet werden. Diese Hoffnungen seien jetzt zunichte geworden. Geradezu rigoros sei das Steuereintreibungsverfahren. Es ist vorgekommen, daß das gesamte Geschäftsinventar zur Deckung der Steuerschuld beschlagnahmt worden ist und doch nicht ausreichte. Die Folge sind Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen gewesen.

Es sei kaum anzunehmen, daß die Vertreter der Regierungsparteien, die den Senat bilden, einen Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse des Freistaats haben. Der übergroße Beamtenapparat sei für die Höhe der Steuerlast bestimmend. Die bürgerlichen Vertreter haben bei der Etatsberatung die Ausgabe beschlossen und damit die Pflicht übernommen. Einnahmen zu schaffen. Deshalb sind auch die Klagelieder der bürgerlichen Parteien nicht angebracht. Bei der Etatsberatung könnten sie zeigen, ob es ihnen ernst ist mit der Erleichterung des Steuerdrucks, der nur eintreten könne, wenn überflüssige Beamtenstellen und Einrichtungen gestrichelt werden. Wenn die Regierung und die verantwortlichen Parteien ihre Politik weiter betreiben, dann könne eines Tages der Fall eintreten, daß auch ihre härtesten Stützen zusammenbrechen.

Der deutsch-liberale Abg. Ed. kritisierte ebenfalls die rigorose Steuereinteilung und forderte die allmähliche Einführung der Vorkriegsverhältnisse auf dem Gebiet des Steuerwesens. Mit dem System der Vorauszahlungen müsse gebrochen werden und die Vergangenseinheitsbesteuerung wieder eingeführt werden. Das jetzige Steuergebahren verstoße gegen jede Moral und Gerechtigkeit. Gegen die Herabsetzung der Einkommensteuer für die großen und größten Vermögen hatte Redner nichts einzuwenden; im Gegenteil, er war damit sehr zufrieden. Im Interesse der Kapitalneubildung sei das notwendig.

Abg. Hoffmann (L.) führte aus, daß der Gesetzentwurf wieder das Bestreben des Senats zeige, alle Seiten auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen, und beklagte die ungerechte Verteilung der Steuerlasten. Beide Gesetzentwürfe wurden sodann dem Steueranschuß überwiesen.

### Ueber die Erhebung von Klagen gegen Senatoren

hat der Senat nun ebenfalls einen Gesetzentwurf eingebracht, der in der gestrigen Sitzung zur Verhandlung kam.

### Abg. Gen. Rahn

stellte fest, daß der Regierungsentwurf im großen und ganzen von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt worden sei. Es sei überhannt unverständlich, daß die Regierung einen derartigen Entwurf vorlege, obwohl die gleichartige sozialdemokratische Vorlage im Ausschuß beraten wurde. Gegenüber dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf enthalte der neue Entwurf in zwei Punkten Abweichungen, die aufsehenerregend auf Unkenntnis der Verfassung beruhen. So soll die Behandlung der Klagen im Volkstag durch das Gesetz geregelt werden, obwohl in der Verfassung festgelegt ist, daß der Volkstag sich selbst eine Geschäftsordnung gibt. Die zweite Abweichung kommt in der Zusammenfassung des Gerichts zum Ausdruck. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf sah nach deutschem Beispiel die Mitwirkung von Richterern vor, die der Senat ausschalten will. Lediglich Vorsitzrichter sollen über die Klage entscheiden. Dagegen erhob

Gen. Rahn scharfen Protest. Es sollen Richter, die sich eigentlich gar nicht mit Politik beschäftigen sollen, über politische Fragen entscheiden. Das ist doch bei Fällung von Urteilen von politischen Gesichtspunkten leiten lassen, zeige eine ganze Reihe von Urteilen, die die Bevölkerung nicht verkehre. Redner legte dann ausführlich die Zusammenfassung der Staatsgerichtshöfe dar und zeigte, daß in Amerika, England, Frankreich, Italien und Norwegen die Anklage vom Parlament erhoben wird und eine politische Körperschaft über die Fälle urteilt. Die sozialdemokratische Fraktion lehne deshalb das Obergericht als Spruchinstanz für diese Fragen ab und fordere die Mitwirkung von Richterern. So wie das Gesetz jetzt beschaffen sei, habe es keinen Sinn. Die Mittelpartei müsse den Mut haben, bei der Umgestaltung des Gesetzentwurfs zu einem brauchbaren Instrument zu helfen. Der Gesetzentwurf ging alsdann an den Verfassungsausschuß.

Danach trat man in die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs betreffs Aufhebung des preussischen Gesetzes über die landwirtschaftliche Unfallversicherung ein. Der Gesetzentwurf wurde mit großer Mehrheit in der zweiten und dritten Lesung angenommen.

Bei der zweiten Beratung über den sozialdemokratischen Antrag auf

### Änderung der Verfassung

Verkleinerung des Senats und Verminderung der Zahl von Volkstagsabgeordneten, verzichtete der Berichterstatter Falkenberg (D.N.) auf die Berichterstattung.

Abg. Gen. Rahn rügte dieses Verhalten des Berichterstatters und kam dann auf die eigenartige Behandlung des sozialdemokratischen Antrages, der die Verminderung der Volkstagsabgeordnetenzahl fordert, im Verfassungsausschuß zu sprechen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Hohnfeld (D.S.), sei noch ein parlamentarischer Kind und hätte nicht für den rechtzeitigen Einmischungsgebot geistert. Der Redner polemisierte dann gegen die Ansicht der Deutschnationalen und des Zentrums, daß man Verfassungsänderungen in jedem Falle vermeiden müsse. Die fünf Jahre seit Bestehen des Freistaates hätten genug bewiesen, daß eine Änderung der Verfassung dringend notwendig sei. Gen. Rahn warf den Deutschnationalen ihr demagogisches Verhalten vor; sie seien es gewesen, die vor der letzten Volkstagswahl immer von Verkleinerung des Volkstags sprachen, um den Wählern ihre Sparsamkeit zu zeigen. Heute, da sie im Sattel sitzen, lehnen sie den Antrag auf Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten von 120 auf 85 ab. Die Politik der Deutschnationalen sei freche Schaum-schlägerei und bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung. Der Redner bewies dann die staatsrechtliche Unwissenheit des Senators Dr. Schwarz und erörterte in längeren Ausführungen Verfassungsänderungen in der Geschichte parlamentarischer regierter Staaten. Zum Schluß machte er das Zentrum auf die tiefe Kluft, die zwischen dieser Partei und den Deutschnationalen bestehe, aufmerksam. Dieser Umstand würde auch einmal den Anlaß zur Umänderung der Regierung geben.

Hierauf wurde ein Antrag auf Vertagung angenommen. Abg. Hohnfeld (D.S.) versuchte noch in persönlicher Bemerkung sich von dem Vorwurf des Gen. Rahn reinzuwaschen, wurde aber von diesem gebührend zurückgewiesen.

Die nächste Sitzung findet heute, Donnerstag, 3.30 Uhr nachmittags statt. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

## Ein Arbeitslosen-Versicherungsgesetz.

hat der Senat dem Volkstag vorgelegt, das in 77 Paragraphen die Materie regeln soll. Versicherungspflichtig ist jeder Danziger Staatsangehöriger, der bei der Invaliditäts- oder Angeklommenversicherung beitragspflichtig ist. In dem Gesetz ist eine Barzeile vorgegeben, die erfüllt ist, wenn der Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten vor der Arbeitslosigkeit 13 Wochen Beitrag geleistet hat. Die Unterstützung wird nur für die Dauer von 26 Wochen gezahlt. Die Höhe der Unterstützung richtet sich nach dem gezahlten Beitrage, dazu kommen Zuschläge für Familienangehörige usw. Insgesamt darf die Unterstützung aber 70 Prozent des tariflichen Lohns nicht übersteigen. Der Anspruch auf Unterstützung besteht erst nach Ablauf einer Woche. Im Fall der Krankheit besteht der Arbeitslose die Arbeitslosenunterstützung weiter neben Krankenpflege usw.

Die Mittel der Versicherung sollen durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und durch Zuschüsse der Gemeinden aufgebracht werden. Arbeitnehmer und -geber sollen je die Hälfte der Beiträge zahlen. Ihre Zahlung erfolgt durch Zuschlag zur Invaliden- oder Angeklommenversicherung, und zwar 40 Prozent bei der Invaliden- und 25 Prozent bei der Angeklommenversicherung. Die Zuschüsse der Gemeinde betragen ein Sechstel des Gesamtaufwands der Versicherung. Bei Inkrafttreten des Gesetzes erhalten die bisher unterstützten Arbeitslosen ihre Bezüge von der Arbeitslosenversicherung, die zu diesem Zweck vom Senat ein Darlehen von 500 000 Gulden erhält. Soweit in kurzen Fügen die Vorschläge des Senats, die noch zu erheblichen Auseinandersetzungen führen dürften.

### Schwangerenfürsorge.

Das Jugendamt erläßt im hiesigen Angelegenheit einen beachtenswerten Hinweis auf die eingerichteten Beratungsstellen der Schwangerenfürsorge. Neben dem persönlichen sachverständigen Rat erhält jede Schwangere, die diese Beratungsstelle ansucht, freis noch ein Merkblatt mit auf den Weg mit den für sie wirksamen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ratshlägen. Auch wird ihr im Bedarfsfalle zu wirtschaftlichen Unterstützungen (Säuglingswäsche, Nahrungsmittel usw.) verholfen.

### Selbstmordverbot eines Schupolizeiwachmeisters.

In seiner Wohnung, Vochstraße 13, brachte sich der Schupolizeiwachmeister Ernst Bestpal zwei Kopfschüsse bei. Der Grund an der Tat ist unbekannt. Es besteht Lebensgefahr.

### Volkshochschule.

Die himmelskündlichen Neburger von Dr. Carls sind bereits am kommenden Montag um 8 1/2 Uhr im Singaal der Oberrealschule ihren Fortgang.

Im den Schiffbauern schickte. Der Hafenarbeiter August Pfligt, wohnhaft Rentierwasser, Olivaer Straße 3, kürzte beim Kohlenausladen im Hafen in den Schiffbauern. Er trug einen Wirbelbruch und mehrere Rippenbrüche davon. Der Verletzte befindet sich in Lebensgefahr.

### Lebensmüde.

Die 30 Jahre alte Barbade W. E. Protobankgasse 44, verachte sich durch Selbstmord zu vergiften. Was sie an der Tat veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

### Das kommt vom Famenbelaß.

Ein Redner empfing bei sich den Besuch des Sittenmädchens G. S. Als diese ihn nachts verlassen hatte, bemerkte der Kellerer, daß ihm 67 Gulden verschwunden waren. Dieser Sach war ihm doch zu teuer, er machte deshalb Anzeige. Die S. hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten. Sie wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

## Danzigs Fragen vor dem Völkerbund.

Der Völkerbund wird sich, wie bereits kurz gemeldet, während der Märztagung mit verschiedenen Danziger Fragen beschäftigen. Es neben der Postfrage auch andere wichtige Angelegenheiten, die schon lange der Klärung harren. Einer der Hauptpunkte ist die für das ganze Danziger Wirtschaftsleben ausschlaggebende Streitfrage der Ausfuhrzölle. Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hatte am 6. November 1924 darüber eine Entscheidung getroffen. Die Regierung der Freien Stadt Danzig legte dagegen beim Rat des Völkerbundes Berufung ein mit dem Antrag, die Entscheidung aufzuheben und es hinsichtlich der Einfuhr- und Durchfuhr von Waren bei den zwischen Danzig und Polen vereinbarten Bestimmungen sein Bewenden haben zu lassen, solange und sofern nicht durch neue vertragliche Vereinbarungen zwischen beiden Staaten eine andere Regelung erfolgt ist.

Gegen die Ausfuhrzölle führt Danzig einen berechtigten Kampf. Der Pariser Vertrag und alle späteren Verträge zwischen Danzig und Polen kennen in den Zollbestimmungen nur Einfuhrzölle, dagegen keine Ausfuhrzölle. Sinsichtlich der Ausfuhr bestehen vielmehr besondere Bestimmungen im Pariser Abkommen vom 24. Oktober 1921, nach welchen die Ausfuhr durch Beschränkungen und Verbote, durch Ausfuhrbewilligungen und Ausfuhrkontingente geregelt werden kann. Danzig hat sich im Rahmen dieser Bestimmungen besondere Vorrechte zur Wahrung seiner Interessen vorbehalten. Auf diesen Sonderbestimmungen beruht die Aktivität der Handelsbilanz Danzigs, die für sein Gedeihen und für seinen Wohlstand, für seine Währung und für seine finanzielle Leistungsfähigkeit die wichtigste Grundlage bildet. Polen hat nicht das Recht, durch einseitige Festlegung vertraglicher Bindungen diese lebenswichtigen wirtschaftliche Regelung für Danzig aufzuheben. Der Völkerbund wird den Ansprüchen Danzigs im Interesse seiner wirtschaftlichen Entwicklung Folge geben müssen.

Dann kommt die bereits ausführlich behandelte Frage der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig zur endgültigen Entscheidung. Aus den weiteren Punkten ist auch die Umwandlung der „Westpreussischen Feuerzsjozietät“ in die „Die Danzia“ hervorzuheben. Polen glaubt einen Anspruch auf einen Teil des Vermögens der „Westpreussischen Feuerzsjozietät“ zu besitzen und hat an den Hohen Kommissar einen entsprechenden Antrag auf Entscheidung gerichtet. Der Hohe Kommissar hat am 15. November 1924 sich zu einer solchen Entscheidung für unzuständig erklärt, weil die Umformung der „Westpreussischen Feuerzsjozietät“ in die „Die Danzia“ während der Verwaltung des Gebietes der künftigen Freien Stadt Danzig durch die Alliierten mit Zustimmung und Ermächtigung des Hohen Kommissars der Alliierten stattfand. Der Rat des Völkerbundes hat nun über die von Polen gegen diese Entscheidung des Hohen Kommissars eingelegte Berufung zu entscheiden.

Von ganz besonderer Bedeutung für Danzig ist die Entscheidung über die Berufung Polens gegen den Spruch des Hohen Kommissars, durch welchen der Charakter der Freien Stadt Danzig als Staat in völkerrechtlichem Sinne des Wortes ausdrücklich noch einmal festgelegt worden ist. Obwohl kein anderer Staat jemals der Freien Stadt Danzig die Eigenständigkeit eines selbständigen Staates bestritten hat, hat Polen diese dem anzugreifen, was nicht nur in vielen Fällen zu Streitigkeiten und Schwierigkeiten zwischen Danzig und Polen führte, sondern auch das ganze Verhältnis zwischen Danzig und Polen überaus unheimlich beeinflusst. Für seine Aufklärung hat Polen auch keinerlei irrendie sachliche Gründe vorzubringen vermocht. Maßgebend für seine Einstellung und Taktik in dieser Frage dürfte wohl allein der Wunsch Polens sein, Danzig zu einem lediglich mit einer gewissen Autonomie ausgestatteten Bestandteil des polnischen Staates zu machen. Ein etwas anderes dürfte auch das von dem polnischen Außenminister kürzlich in seiner Rede für Polen in Anspruch genommene Protektorat über Danzig, nicht hinanzulassen, eine Annahme, die im schroffsten Widerspruch zu dem Pariser Vertrag steht, der Danzig allein unter dem Schutz des Völkerbundes stellt.

## Ein Mann fragt . . . . .

Im Volkstag hat der Abg. Dr. Lemke (Deutschnoz.) folgende kleine Anfrage eingebracht: Ist der Senat bereit, mir Auskunft darüber zu geben: 1. wieviel Juden mit Danziger und wieviel ohne Danziger Staatsangehörigkeit bei der letzten Volkszählung gemeldet wurden; 2. wieviel jüdische Familien (oder Haushaltungen) fremder Staatsangehörigkeit damals gezählt wurden; 3. wieviel von den Judenfamilien a) im Besitz einer eigenen, und zwar a) unanwartschaftsfreien, b) zwangsbehafteten Wohnung waren bzw. sind?

Es gibt doch noch genug Leute im Danziger Volkstag, die zur Beantwortung beitragen. Im übrigen wäre es angebracht, daß bei derart unfinnigen Fragen der Fragesteller die Kosten, die die Beantwortung verursacht, selbst trägt, zumal, weil solche Anfrage lediglich zur agitatorischen Ausschlagung dient, was nur zur Zuspitzung der Gegensätze in der Danziger Bevölkerung beiträgt.

### Eperanto bei der Danziger Polizei.

Am Mittwoch fand in der Danziger Polizeischule die erste öffentliche Eperantoveranstaltung statt. 12 Schüler, welche sich freiwillig für die Erlernung der Weltzingsprache Eperanto gemeldet hatten, legten bei dieser Gelegenheit ein überaus erfreuliches Wissen und Können in Eperanto ab. Die Prüfung wurde von der Danziger Eperantoveranstaltungskommission abgenommen. Den Schülern soll mit Beginn ihrer Übernahme in den öffentlichen Dienst ein besonderes Erkennungszeichen als eperantolinder Beamter verliehen werden. Eine Ersteinweisung, die in anderen Staaten, wie Wien, Dresden, Leipzig, Paris usw. schon seit vielen Jahren vertreten ist. Durch die Übernahme dieser Beamten ist wiederum eine Verbesserung auf verkehrstechnischem Gebiete zu verzeichnen. Sie wir hören, hat der Magistrat der Stadt Kosot die Absicht, beim Polizeipräsidenten den Antrag auf Ueberweisung eperantolinder Beamte für die Bediensteten in Kosot zu stellen. Zurzeit läuft ein zweiter Kursus mit 24 Teilnehmern, welche im Oktober sich einer Prüfung unterziehen werden.

### Zur Umstellung des Postverkehrs nach Oesterreich.

Wird mitgeteilt, daß einem neuen Punkte der österreichischen Postverwaltung entsprechend die Neuorganisation des Postverkehrs zwischen der Freien Stadt Danzig und Oesterreich (Ausstellung der Postanweisungen nach Oesterreich in Schilling und Groschen sowie nach der Freien Stadt Danzig in Gulden und Pfennigen) nicht vom 1. sondern vom 15. März ab in Kraft tritt.

### Danziger Standesamt vom 26. Februar 1925.

Todesfälle: Witwe Emilie Wolanski geb. Müller, 79 J. 10 Mon. — Witwe Antonie Reul geb. Künzel, 83 J. — Ehefrau Agnes Piskowski geb. Piskowski, 41 J. 1 Mon. — Arbeiter Robert Piskowski, 43 J. 11 Mon.











# Danziger Nachrichten

## Die Wohnungsbaulotterie vor Gericht.

Die Danziger Wohnungsbaulotterie G. m. b. H. war bekanntlich in Liquidation getreten, weil die Geschäftsführung recht leichtfertig geführt wurde und der Verkauf der Lose den Erwartungen nicht entsprach. Die Verkäufer wurden dadurch benachteiligt. Die Schuld sammelte sich über dem Haupte des Leiters des Unternehmens, des Kaufmanns Wlodek Krus in Danzig, der sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte.

Die Lotterie war eigentlich auch nur ein Privatunternehmen des Angeklagten. Krus war Leiter der Montan-Gesellschaft und hatte von hier aus Schanden. Er war arbeitslos und suchte ein neues Beschäftigungsfeld. Es wurde damals bekannt, daß die Bremer Baugesellschaft die Absicht hatte, in Danzig auch eine Lotterie zu veranstalten und einige der von ihr zu erbauenden Wohnhäuser als Gewinne zu geben. Bald darauf trat Krus mit seinem Vorschlag hervor. Er nahm ein Darlehen von 20000 Gulden auf, das er zum Teil zur Deckung seiner Schulden und im übrigen für die Wohnungsbaulotterie verwendete. Es wurden auch große Kosten aufgewandt und eine umfangreiche Reklame gemacht, aber der Erfolg blieb aus. Dem Angeklagten wird nun der Vorwurf gemacht, daß er nicht rechtzeitig den Verkauf der Lose als aussichtslos aufgegeben habe. Zudem er diese Sache verschwiegen, machte er sich des Betruges schuldig. Der Angeklagte erklärte, daß er immer noch auf den kräftig eintreffenden Schluckverkauf gehofft hatte, der dann nicht in dem erhofften Umfang eintrat. So wurden im Mai und Juni 5338 Lose und in der Zeit vom 1. bis 9. Juli 8000 Lose verkauft. Die Kommission habe die Liquidation der Gesellschaft angemeldet, obwohl sie dazu gar nicht befugt war. Der Angeklagte habe sich das gefallen lassen, weil er selbst zusammengebrochen war. Er habe den Vorstoß abarbeiten wollen. Dr. Gähdt, der ihn als Liquidator angriff, habe für Abendarbeiten monatlich 1000 Gulden erhalten. Der Angeklagte wollte freigesprochen werden. Das Gericht verurteilte ihn jedoch zu 1000 Gulden Geldstrafe wegen Betruges, indem es sich der Auffassung des Anwalts und der Anklage, angeschlossen. Es ist also noch recht kompliziert davon gekommen.

## Der heilige Mittagsstahl

über der vernünftige Arbeiter.

In der Kartonagenfabrik von J. Blumenthal u. Co., Breitzgasse 81, vernünftige irrtümlich mangelhafte Einrichtung beim Transportieren von Ballen der Lagerverwalter A. Jagd, Strichgasse 8. Er zog sich eine schwere Quetschung der linken Hand zu, so daß er sofortige ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Wie schon oft, machte sich das Fehlen von Unfallkassen recht unangenehm bemerkbar. Von drei Ärzten waren zwei nicht zu Hause. Der dritte, Sanitätsrat Dr. B. Reinke, Seilgasse 87, hielt seinen Mittagsstahl und hatte Anweisung gegeben, wegen Krankenpatienten nicht gehört zu werden. Selbst der Anblick des Verletzten konnte Frau Reinke nicht dazu bewegen, ihren Ehemann zu wecken, sondern veranlaßte sie zu der Bemerkung: „Die Arbeiter lassen sich ja auch nicht in ihrer Mittagsruhe stören.“ Wir nehmen an, daß die große Mehrzahl der Danziger Ärzte nicht nach dieser für einen Arzt eigentümlichen Meinung handelt.

Die beruflichen Körperschaften sollten umgehend dafür Sorge tragen, daß jederzeit ärztliche Hilfe vorhanden ist, am besten durch Einrichtung von Unfallkassen.

## Die Denkmalsbeschränkung in Bürgerwiesen.

In der Nacht zum 21. August 1924 wurde das am Tage vorher eingeweihte Denkmal der Gefallenen in Bürgerwiesen bemalt. Es wurden mit roter Menntafarbe Sowjetsterne und die Aufschriften „Steine statt Brot“ angebracht. Drei jugendliche Kommunisten wurden als Täter angefaßt. Zwei von ihnen wurden verhaftet und angeklagt. Der dritte war zunächst nicht zu finden. Bei den beiden ersten Angeklagten wurde erwiesen, daß einer die Kappe zu den Schablonen geliefert und der andere die Schablonen ausgeteilt hatte. Das Schöffengericht sprach sie frei. Die Berufungskammer verurteilte sie wegen Beihilfe zur Sachbeschädigung zu je 2 Monaten Gefängnis. In dem Urteil wird als feststehend angenommen, daß

der Arbeiter Fritz Schulz in Obra der dritte Täter sei, was durch seine Flucht bewiesen werde. Schulz wurde dann aber in Obra erwischt und festgenommen und stand nun vor dem Schöffengericht. Die Verhandlung brachte nun aber ein anderes Ergebnis, als man vorher annehmen mußte. Zunächst war er nicht geflohen. Er hielt sich vielmehr bei seinem Schwager auf, weil er sich mit seinem Vater erkundigt hatte. Ferner wußten die Beschuldigten ihre Aussagen nicht aufrechtzuerhalten, daß die ersten beiden Angeklagten mit den Schablonen bei Schulz gewesen wären. Die Hauptfrage ist aber, ob der Angeklagte durch seinen Betrug konnte, daß er dem Abend mit anderen jungen Leuten an der Kaffeezeit teilgenommen war und dann bei dem Schwager des mitternachts schlief. Das Gericht sprach Schulz frei, da seine Schuld nicht erwiesen sei.

## Gefährliche Prämie

Autogaragen in der Schichaugasse?

Uns wird geschrieben: Wie aus Anzeigen zu ersehen ist, beabsichtigt die Grundbesitzverwaltung den Köpchenplatz Schichaugasse 11 für Autogaragen zu vergeben. Der Platz liegt an der Ecke Sankt-Elisabeth-Schichaugasse, und gerade dort, wo eine Kreuzung der Westbahn mit der Straßenbahn ist. Die Schichaugasse ist nun wohl eine der belebtesten Straßen mit in Danzig, da hier Hunderte von Arbeitern täglich zur Arbeitshalle gehen. Somit erwacht für die Passanten unbedingt eine Gefahr für das eigene Leben. Es muß deshalb von den Anwohnern wie von den dort täglich gehenden Arbeitern Mitleid entgegengebracht werden.

Es ist zur Beachtung bekannt, welche Unfälle in der letzten Zeit durch die Automobile geschehen, und wie viele Opfer schon gerade durch Autounfälle zu verzeichnen sind. Die Grundbesitzverwaltung wird doch wohl noch andere geeignete Plätze haben als gerade in der Schichaugasse, wo die Einfahrt und Ausfahrt so unangenehm ist, daß das Leben der Danziger Bürger als gefährdet gilt.

Lauten-Vieber- und Rezitationsabend. Am Sonnabend, den 28. Februar, abends 7 Uhr, veranstaltet der Arbeiter-Bildungsausschuss in der Aula des städtischen Gymnasiums am Wittenplatz wieder einmal einen seiner beliebtesten Unterhaltungsabende. Das Programm weist eine erhaltene Fülle an künstlerischen Darbietungen auf. Neben ausgewählten Vorträgen des Gesangsvereins „Freier Sänger“ werden die Schauspieler Reuter und Kiewer vom Stadttheater mit Proben ihres Könnens aufwarten. Vornehmlich wird die heitere Kunst an diesem Abend Berücksichtigung finden, so daß der Besucher einige angenehme, unterhaltende Stunden zu erwarten hat. Karten an der Kasse ab 47 Uhr.

Aus Schwere zum Brandstifter geworden. Auf dem Gehöft des Gemeindevorsteherers H. Riemen, Rehwald, Kreis Gr. Werder, brach kürzlich in der Frühstückszeit Feuer aus. Bevor es größeren Umfang annahm, bemerkte Riemen zum Glück den aufsteigenden Qualm, so daß es gelang, das Feuer noch rechtzeitig zu löschen. Landjäger Walberg, Liegnert, der sogleich Ermittlungen anstellte, konnte den 18 Jahre alten Arbeiter Paul Volt, der bei Riemen im Dienst stand, und auf den sich der Verdacht der Täterschaft bald lenkte, zum Geständnis zu bringen. Volt gab an, die Brandstiftung begangen zu haben, um aus dem Dienst zu kommen, da er Schwere nach Hause hätte. Er wurde in das Liegnert'sche Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Conderung für die Leipziger Messe. Wie das Leipziger Messeamt mitteilt, wird der für den 28. Februar vorgesehene von Jüterburg 5.27 Uhr abgehende Conderung zur Leipziger Messe mit Fahrpreisermäßigung bestimmt verfahren.

V. Philharmonisches Konzert. Für das V. Philharmonische Konzert ist als Solist der bekannte Geiger Prof. Alexander Pettschukoff, der Beethoven's Holtnkonzert spielen wird, gewonnen. Neben der „Serenata notturna“ für zwei Streichorchester und Pianoforte von Mozart ist als Hauptorchesterverk der Abends Regers Suite nach den 4 Bildern von Arnold Böcklin: „Der geigende Eremit“, „Im Spiel der Wellen“, „Die Toteninsel“ und „Bacchanal“, ein Werk aus der letzten Schaffenszeit Reigers, vorgesehen. Das interessante Werk wird am nächsten Mittwoch unter Leitung von Henry Prins zum ersten Male hier aufgeführt.

Zirkus im Wilhelm-Theater. Am Sonntag, den 1. März, beginnt im Wilhelm-Theater ein Zirkus-Vorstellung, dem allseitig das größte Interesse entgegengebracht werden dürfte. Die erste Vorstellung findet Sonntag nachmittags 4 Uhr statt und zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise. Die Vorverkaufskarten sind schon in den bekannten Vorverkaufsstellen, Musikhaus „Odeon“ und Fackender, erhältlich. Neben das Programm geben die Anzeigen Aufschluß.

Der nächste „Frauenweltabend“ findet am Sonnabend, den 28. Februar, abends 7 Uhr, im Hotel Werdorfer, Knetzbad 26, statt, worauf wir hiermit nochmals hinweisen.

Unfall auf der Schichau-Werft. Der 36 Jahre alte Arbeiter Johann Bock, wohnhaft Kräbenberg 9, war auf der Schichau-Werft mit dem Einladen schwerer Eisenstücke in eine Dore beschäftigt. Dabei fiel ihm ein Eisenstück gegen das Bein, so daß er einen Unterschenkelbruch davontrug. B. wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Obst. Am Freitag, den 27. Februar 1925, nach 6 Uhr, findet im Sitzungszimmer des Rathauses eine Sitzung der Gemeindevertretung mit folgender Tagesordnung statt: A. Öffentliche Sitzung. 1. Einführung eines Gemeindeverordnenden, B. Geheime Sitzung. 2. Verkauf eines Grundstücks.

## Der Verkehr im Hafen.

Eintragung. Am 24. Februar: Deutscher M. S. „Malgara“ (4 M.T.) von Helsinki mit Spirit für Scharenberg, Safenkanal; deutscher Land. „Ostermoor II“ (121 M.T.) von Frederica. Leer für Krus, Safenkanal; deutscher D. „Glin“ (348 M.T.) von Rotterdam mit Gütern für Wolff u. Co., Safenkanal; deutscher D. „Weler“ (280 M.T.) von Malmo mit Gütern für Wandmündt, Uferbahn; Danziger D. „Maria Theresia“ (962 M.T.) von Guelva mit Schwefelkies für Behne u. Stea, Kaiserhafen; deutscher D. „Dorens“ (62 M.T.) von Hamburg mit Spirit für Wolff u. Co., Safenkanal; deutscher D. „Neolus“ (356 M.T.) von Hamburg mit Gütern für Behne u. Stea, Safenkanal; englischer D. „Palatine“ von London mit Gütern für I. B. C., Schichmühl; deutscher D. „Paul“ von Hamburg mit Gütern für Bromme, Schäferel; holländischer D. „Roo“ von Amsterdam mit Gütern für Bromme, Pacht; englischer D. „Smolensk“ von Hull mit Gütern für Glerman Willson, Kreiswehr. Am 25. Februar: Deutscher D. „Briamus“ von Königsberg mit Gütern für Wolff u. Co., Safenkanal; dänischer D. „Franken“ von Kopenhagen. Leer für Bergenske, Kaiserhafen; französischer D. „Gandebec“ von Bordeaux mit Gütern für Boim u. Cie., Reichshafen; Danziger D. „Prosser“ von Brest mit Kohlen für Behne u. Stea, Viktorhafen; norwegischer M. S. „Hob“ von Fosarund mit Gütern für Bergenske, Safenkanal; deutscher D. „Kanal“ von Hamburg mit Gütern für Behne u. Stea, Safenkanal.

Eintragung. Am 24. Februar: Dänischer D. „Almoda“ (1038 M.T.) nach Odessa mit Zucker für Behne u. Stea; dänischer D. „Eiber“ (828 M.T.) nach Bordeaux mit Gütern für Reinhold; dänischer D. „Sivonta“ nach Reuport mit Gütern und Passagieren für I. B. C.; schweizer D. „Kris“ nach Malmo mit Gütern für Reinhold; deutscher D. „Hornhöf“ nach London mit Holz für Behne u. Stea; deutscher D. „Dorens“ (62 M.T.) nach Helsinki mit Spirit für Scharenberg; Danziger D. „Hammonia“ nach Hamburg, Leer für Behne u. Stea; deutscher D. „Krona“ nach Memel mit Gütern für Reinhold; deutscher D. „Ostermoor II“ (121 M.T.) nach Guelva, Leer für Krus; deutscher D. „Molven“ nach Brest mit Holz für Wandmündt; norwegischer D. „Roo“ nach London mit Holz und Gütern für Bergenske; deutscher D. „Wit“ nach Helsinki mit Spirit für Scharenberg.

## Ämtliche Börsen-Notierungen.

Danzig, 25. 2. 25

1 Reichsmark 1,26 Danziger Gulden  
1 Lot 1,01 Danziger Gulden  
1 Do'ar 5,28 Danziger Gulden  
Scheck London 25,20 Danziger Gulden  
Berlin, 25. 2. 25

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,0 Billionen Mk.  
Danziger Produktionsbörse vom 25. Februar. (Nicht-amtlich.) Weizen 128-130 Hfd. 19,75-20,00 G., 118-128 Hfd. 16,20-18,90 G.; Roggen 116-118 Hfd. 16,00-17,00 G.; Gerste, feine 14,80-15,50 G., geringe 14,00-14,85 G.; Hafer 14,50 bis 15,20 G.; Kl. Erbsen 12,00-13,00 G., Viktorerbsen 15,00 bis 15,80 G. (Großhandelspreise der 50 Alfozamm waggon-frei Danzig.)

Verantwortlich: für Politik Ernst Voops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für literarische Anton Kooßen sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von R. G. Sch. & Co., Danzig.

Am 23. Februar verschied infolge schwerer Operation meine liebe, unvergessliche Frau, die stets treusorgende Mutter ihrer sieben unmündigen Kinder

**Eveline Quednau**  
geb. Breier  
im oben vollendeten 39. Lebensjahre.

Danzig, den 25. Februar 1925  
Kräbenberg 12.

Der trauernde Gatte  
**Fritz Quednau**  
nebst Kindern.

Die Einkäschung findet am Sonnabend, den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium statt.

**Schwangerenfürsorge.**  
Kostenlose Beratung für Schwangere Frauen und Mädchen Sandgrube 15, jeden Freitag 5-7 Uhr nachmittags, Sonntagvormittags nachmittags 11-12 Uhr vormittags. (16751) Jugendamt.

**Stand 121** über **Stand 121**  
**H. Dimanski**  
Schweinefleisch 0,90, 1,00 G., Rindfleisch 0,50, 0,60 G., Schmalz 0,70, 0,80 G., Hammelfleisch 0,50, 0,60 G., Kente 0,70, 0,80 G., Kalbfleisch 0,60, 0,80 Gulden  
alles vom Schlachthof unterhalb der Waage, in der Markthalle Freitag und Sonnabend  
nur bei **H. Dimanski** zu haben.  
Telephon 2427

**BLAU-BAND**

**guter Butter gleichwertig**

Es gibt nur ein Urteil

**Blau-Band-Margarine ist ausgezeichnet!**

In allen Geschäften mit vorstehendem Plakat erhältlich

Alleiniger Großvertrieb: **Hofrich Blau, Danzig, 3. Damm 11** Tel. 1838, 5357, 7253

# Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.  
 Heute, Donnerstag, den 26. Febr., abds. 7 Uhr:  
 Dankkarten haben keine Gültigkeit.  
**Der wahre Jakob**  
 Schwank in 3 Akten von Franz Arnold u. Ernst Bach.  
 In Szene gesetzt von Carl Allmer.  
 Inspektion: Emil Werner.  
 Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.  
 Freitag, den 27. Februar, abends 7 Uhr. Dauer-  
 karten Serie III. „Das Phantom“. Komödie  
 in 3 Akten.  
 Samstag, den 28. Februar, abends 7 Uhr. Vor-  
 stellung für die „Freie Volksbühne“ (Ge-  
 schlossene Vorstellung).  
 Sonntag, den 1. März 1925, vormittags 11 1/2 Uhr.  
 8. (Literarische) Morgenfeier, Ludwig Hardt,  
 Direktor für Vortragskunst am Deutschen Theater,  
 Berlin. „Neue und neueste deutsche Dichtung“.

**Sporherdholz ?**  
 bestelleich bei  
**Wilhelm Prilwitz**  
 Holzraum 17, Tel. 2530

**Kinderklappstuhl**  
 zu verkaufen.  
 Hundesgasse 123, 2 Tr. (671)

Befragener, blauer Anzug  
 (schlanke Figur) für 18 G.  
 1 Paar Damen-Halbschuhe  
 (Gr. 39) f. 12 G. verk. Zille.  
 Neue Schickankel 6.2. (688)

**Schürjennäherin**  
 gesucht fürs Haus.  
 Burggrafenstraße 12, 1 Tr.

# Sonder-Angebot!

Von Freitag, 27. Februar, bis Mittwoch, 4. März

Es gelangen nur Qualitätswaren zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Woll- u. imprägnierte Mäntel	65 <sup>00</sup>	90 <sup>00</sup>	125 <sup>00</sup>
Frühjahrs- und Sport-Ritzje	55 <sup>00</sup>	75 <sup>00</sup>	58 <sup>00</sup>
Kamm-Mäntel für Damen u. Herren	26 <sup>00</sup>	32 <sup>00</sup>	42 <sup>00</sup>
Leder-Jacken für Damen u. Herren	145 <sup>00</sup>	165 <sup>00</sup>	225 <sup>00</sup>
Leder-Mäntel für Damen u. Herren	195 <sup>00</sup>	250 <sup>00</sup>	325 <sup>00</sup>
Reinkleider	750	1250	1950
Reitcord- und Manchester-Breeches	1350	1950	2600
Ein Posten Sport-Pelze	175 <sup>00</sup>	225 <sup>00</sup>	350 <sup>00</sup>
Ein Posten Reiz-Pelze	350 <sup>00</sup>	480 <sup>00</sup>	575 <sup>00</sup>
Ein Posten Feiz-Pelze	195 <sup>00</sup>	295 <sup>00</sup>	350 <sup>00</sup>
Ein Posten Damen-Pelzjacken	175 <sup>00</sup>	225 <sup>00</sup>	295 <sup>00</sup>
Ein Posten Damen-Pelzmäntel	290 <sup>00</sup>	375 <sup>00</sup>	495 <sup>00</sup>
Ein Posten Damen-Pelzkragen	29 <sup>00</sup>	35 <sup>00</sup>	45 <sup>00</sup>
Ein Posten Herren-Pelzkragen	850	2750	3300
Ein Posten Lederwesten und Lederhosen für Damen u. Herren	98 <sup>00</sup>	110 <sup>00</sup>	145 <sup>00</sup>

Diese Preise gelten nur während des Sonder-Angebots und treten nach dieser Zeit außer Kraft

# ROSENBAUM

Breitgasse 126

Wir empfehlen dringend die Besichtigung unserer Schaufenster die Ihnen mehr sagen, als die wortreichsten Erklärungen

6737

## EINLADUNG

zu dem am Dienstag, den 3. März 1925, abends 7 Uhr, im Lokale Kleinhammerpark, Langfuhr, stattfindenden

# Frauenwelt-Abend

### PROGRAMM

1. Antonienmarch . . . . . Franz Blon
  2. Die Liebe, Gavotte . . . . . Richtstock
  3. a) Sozialistenmarsch . . . . . Karl Gramm  
 b) Rosel von Schwarzwald . . . . . A. Büchse  
 (Doppelquartett des Langfuhrer Männergesangsvereins von 1891)
  4. Ansprache
  5. Marseillaise . . . . . Rouget de Lisle
  6. Rezitationen
  7. Freübungen, Kinderziege der F. T. L.
- PAUSE
8. Großmütterchen . . . . . Franz Langer
  9. a) Unser Lied . . . . . G. Ad. Uthmann  
 b) Wir drei . . . . . Bernh. Iversen  
 c) An die Geduld . . . . . Jos. Schetz
  10. Rezitationen
  11. Reigen
  12. Schlusmarsch

Zur Deckung der Unkosten wird ein Beitrag von 50 Pfennig erhoben

Der Bildungsausschuß der Frauenwelt

## Ungeahnte Vorteile

bietet Ihnen mein Ultimo-Angebot in

## Schuhwaren

Einzelpaare für Damen, Kinder und Herren in schwarz u. farbig. Schaftstiefel für Männer und Knaben. — Falzschuhe usw.

## bis 50% ermäßigt

ohne Rücksicht auf die Einkaufspreise. Besitzen Sie diese selten glückliche Gelegenheit!

## Schuh-Cohn

Lange Brücke Nr. 41

## Hausfrauen!

Die Zeiten sind schlecht, sogar sehr schlecht! Jeder gesparte Pfennig spielt heute wieder eine Rolle! Wir bieten Ihnen Gelegenheit zu billigen Einkäufen von Lebensmitteln in unserem neu eröffneten Detail-Geschäft

## Volks-Konsum

Verkaufsstelle I, Langgasse 63 (Alte Kaffee)

Überzeugen Sie sich durch einen Besuch davon, daß wir wirklich preiswert sind und geben Sie uns durch Ihre Unterstützung die Möglichkeit, Ihnen dauernd erstklassige Waren zu billigen Preisen zu beschaffen

Kleiner Nutzen, aber großer Umsatz!



## Gessner's Liköressenzen

zur Selbstbereitung im Haushalt; ca. 50 verschiedene Sorten. Flasche für ca. 2 Liter Liter G 1.50  
 Nur allein zu haben bei: Waldemar Gessner, Schwaben-Danziger Altkirch-Graben 192B, Danzig; Emma Scholz, Schillinggasse 7, Arthur Otto, Adler-Danziger, Lange Brücke 14, Danzig; Carl Seydel, Heilige-Geist-Gasse 124; in Langfuhr: Viktor Fichtner, Hauptstraße 111, Genag Schick, Kamm-Danziger, Hauptstraße 61

## la Fleischwurst la Sauschleibwurst la Blutwurst

gibt es hier feinsten Aufschnitt  
 feine Danziger mit alle  
 wichtigen Fleisch- u. Würstchen  
 sind in bester Qualität zu  
 den billigsten Preisen zu  
 haben

## Fr. Grunow, Fleischermeister

Hauptstraße Nr. 21  
 Tel. 2184, Danzig

## Uhren

Reichhaltiges Lager in modern. Damen- u. Herren-Uhren (Armband) Besonders empfehle ich meine Reparatur-Werkstatt. Dieselbe ist bekannt durch zuverlässige und pünktliche Bedienung. Niedrige Preise.

## Herm. Passierstein

Uhrmacher, Danzig, Langgarten Nr. 8.

## Rahmen- und Gabelreparaturen

sowie sämtliche Reparaturen an allen Systemen aller Systeme

## Emallierung

in Schwarz u. farbiger Ausführung  
 besten sadgung und billigst

## Krüger & Klass

Fabrikanten- u. Reparatur-Werkstatt :: Radspanner  
 Stadtgebiet Nr. 27, Ecke Wurmberggasse

## Lehrlinge

gefragt (16475)

## Wäsche-Fabrik Danzig G.m.b.H.

Langgasse 120 — Meldungen von 10 bis 4 Uhr

## Dr. J. J. J. J. J.

Langgasse 120 (neben dem Rathaus).

## Dr. J. J. J. J. J.

Langgasse 120 (neben dem Rathaus).

## Dr. J. J. J. J. J.

Langgasse 120 (neben dem Rathaus).

## Möbliertes Zimmer

für 2 Personen, mit oder ohne Pension, vom 1. 3. zu vermieten. Gebauer, Heilige-Geist-Gasse 44, 3 Tr. (667)

## Möbl. Zimmer

zu vermieten. (670) Hundesgasse 70, 2.

## Gut möbl. Zimmer

ab 1. 3. 25 zu verm. (671) Heilige-Geist-Gasse 36, 1. r.

## Möbliertes Zimmer

an soliden Herrn vom 1. 3. zu vermieten. (665) Breitgasse 104, 3.

## Möbliertes Zimmer

zu vermieten. (678) Sandberggasse 25, 1.

## Gr. Vorderzimmer

zu vermieten. (675) Hundesgasse 100, 3.

## 2 möblierte Zimmer

an 1 oder 2 Herren zu vermieten. (676) Langgasse 120, 1 Tr. r.

## Kellerräume

ca. 50 qm, hell, Räder Hauptbahnhof, zu vermieten. J. Krefft, (679) Feulgraben 9a.

## Billig zu verkaufen:

1 Berilino, 1 Kleiderfahr. (ungebraucht), 1 gebrauchtes Sofa (669) Borstädt. Graben 19.

## Kaufmann- nicht möbliert. Zimmer

mit besond. Eingang. (685) Angebote unter S 1818 an die Exp. Volksstimme. (674)

## Gut möbliertes Zimmer,

a. h. S. vom 1. 3. zu vermieten. (674) Postenplatz 78, 1.

## Gut möbl. Zimmer

evtl. 2, mit Bad u. Küchenbenutzung zu verm. (677) Kamman 13, part.

## Möbliert. Zimmer

an anständigen Herrn zu vermieten. (666) Jospengasse 21, 2.

## Wäschmaschine

reparieren schnell und billig. (678) H. Wilken & Söhne, Heilige-Geist-Gasse 127.

## Damengetriebe

ausgerüstet, schnell und sauber angefertigt. Köster, (508) Braunsdorfer Weg 17.

# Kredit

Wir geben Ihnen  
 Elegante Ritzje  
 Elegante Paletots  
 :: Elegante Schweden-Mäntel ::  
 Herren- und Damen-Kamm-Mäntel  
 Angenehme Garagen können gleich mitgenommen werden  
**Leihhaus London**  
 2. Danzig 10, Ecke

## Sie brauchen

## kein Geld

wenn Sie elegant und gut gekleidet gehen wollen. Bei unserer Ausstattung gehen wir die Waise nicht mit.

Größte Auswahl Billige Preise!

## Herren- u. Damen-Konfektion

## Erstes Danziger

## Teilkonsumhaus

Jospengasse 28